

ARGUMENTARIUM

**NEIN zum Versorgungschaos:
Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative gefährdet
unsere Gesundheitsversorgung**

VERSORGUNGS-CHAOS

NEIN

14. JUNI

NEIN zum Versorgungschaos: Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative gefährdet unsere Gesundheitsversorgung

Ein starrer Bevölkerungsdeckel führt zu gefährlichen Versorgungslücken. Die Patientinnen und Patienten in der Schweiz hätten das Nachsehen. Die Schweizer Gesundheitsorganisationen lehnen die SVP-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz“ (Chaos-Initiative) entschieden ab.

Worum geht es bei der Initiative?

Die Initiative begrenzt die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz auf zehn Millionen Menschen. Erreicht die Schweizer Wohnbevölkerung 9.5 Millionen vor dem Jahr 2050, müssen Bundesrat und Parlament Massnahmen treffen. Wird der Grenzwert von 10 Millionen dennoch überschritten, fordert der Initiativtext die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU.

Da das Schweizer Gesundheitswesen strukturell auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen ist, führt eine starre Deckelung der Zuwanderung zu einer unmittelbaren Gefährdung der heutigen qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung.



Starre Grenze führt zu Versorgungslücken

Bevölkerungsdeckel führt zu Versorgungslücken

Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter. Das bedeutet: Es gibt immer mehr Pensionierte bei gleichzeitig schrumpfender Erwerbsbevölkerung. Doch ältere Menschen nehmen auch mehr Pflege und medizinische Leistungen in Anspruch. Wenn nun immer weniger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eintreten weil sie nicht mehr aus dem Ausland rekrutiert werden können, sind Versorgungslücken die Folge.

Längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten

Die Initiative verlangt bei der Überschreitung der 10-Millionen-Grenze die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Was passiert? Die Nachfrage nach medizinischen Leistungen steigt weiter an, doch das Angebot an Arbeitskräften wird gedeckelt. Das bedeutet: Stationen in den Spitälern, Praxen, Pflegeheime und Spitex-Organisationen müssen ohne genügend Personal ganze Abteilungen schliessen und Dienstleistungen abbauen. Die Wartezeiten für die Patientinnen und Patienten nehmen in allen Gesundheitsbereichen zu.

Personalmangel gefährdet die Patientensicherheit

Fehlen qualifizierte Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachkräfte, steigt die Belastung des bestehenden Personals deutlich. Das hat direkte Auswirkungen auf die Versorgungsqualität und die Patientensicherheit. Können die Schichten nicht ausreichend besetzt werden, wird es gefährlich. Studien belegen einen Zusammenhang von Personalmangel und einem erhöhten Sterblichkeitsrisiko, besonders in Notfallsituationen.

Höhere Kosten für Prämienzahlende

Die Kündigung der Personenfreizügigkeit verkompliziert Anstellungen in der Schweiz massiv. Einstellungen verzögern sich. Der administrative Aufwand für die Gesundheitsorganisationen nimmt zu. Die Kosten zur Personalgewinnung steigen. Das treibt indirekt auch die Gesundheitskosten weiter in die Höhe. Zudem fehlen ohne Einwanderung in den Arbeitsmarkt den Krankenversicherungen die "gesunden Risiken". Sie finanzieren die kranken - meist älteren - Menschen. Auch das wird die Prämien zusätzlich ansteigen lassen.

Grenzregionen sind besonders gefährdet

Gefährlich wird es insbesondere für die Schweizer Grenzregionen. Sie sind mit den benachbarten Regionen eng verbunden. In Basel haben rund 40% aller Spitalbeschäftigten einen EU-Pass. Im Tessin haben fast 70 Prozent der Spitalärzte ihren Abschluss im Ausland erworben; in der Genferseeregion verfügt über die Hälfte des Pflegepersonals über ein ausländisches Diplom. Ohne diese Fachkräfte wäre das System schlicht nicht überlebensfähig.

Kampf um Kontingente führt zur Benachteiligung ländlicher Gebiete

Der Wegfall der Personenfreizügigkeit bedeutete die Rückkehr zu staatlichen Kontingenten. Wer ausländisches Fachpersonal einstellen darf, entscheidet der Staat. Dies würde zu einem bürokratischen Verteilungskampf zwischen den Kantonen, den Regionen, Branchen und letztlich auch den einzelnen Organisationen führen. Dabei werden kleinere Betriebe und insbesondere die ländliche Gebiete gegenüber grossen Zentren das Nachsehen haben.

Wichtige Zahlen

- **43 % der Ärzteschaft** haben im Ausland studiert. Bei den 2025 neu erworbenen Facharzttiteln stammten sogar 52 % der Diplome aus dem Ausland.
- **Fast 40 % des Personals** am Universitätsspital Basel stammt aus dem EU-Raum.
- **Fast 70% der in Tessiner Spitälern** tätigen Ärztinnen und Ärzte haben ihren Abschluss im Ausland erworben.
- **Rund 30 % der Beschäftigten** im Tessiner Gesundheitswesen sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger.
- **Über 50% des Pflegepersonals** in den Spitälern der Genferseeregion verfügen über ein ausländisches Diplom.
- **1'485 zusätzliche Todesfälle pro Jahr** gab es in England aufgrund des Mangels an qualifizierten EU-Pflegekräften nach dem Brexit.

Fazit

Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative führt zu einer starren Begrenzung der Zuwanderung von Arbeitskräften. Das verschärft den Personalmangel im Gesundheitswesen, verlängert Wartezeiten und gefährdet die Versorgungssicherheit. Die Schweiz braucht stabile Rahmenbedingungen und genügend qualifizierte Fachkräfte, damit Spitäler, Pflegeheime, Praxen und Spitex ihren Leistungsauftrag erfüllen können.

NEIN zum Versorgungschaos am 14. Juni 2026!

